

Arbeiter und die Ausübung der gewerkschaftlichen Rechte derselben ihrer Diktatur unterworfen. Wir brauchen diese Behauptung nicht im einzelnen mit Beweisen zu belegen. Die systematische Vorbereitung dieses Kampfes, das Eintreten der Großindustrie, das Verhalten der Arbeitgeberverbandsführer bei den Einigungsversuchen und die Auslassungen der Arbeitgeberzeitungen und der Kreise dieses Kampfes lassen darüber gar keinen Zweifel mehr zu. Die Arbeiter haben gar keine Forderungen gestellt, vielmehr hat der Arbeitgeberverband einfach Bedingungen diktiert, deren Anerkennung seitens der Gewerkschaften einem Aufgeben ihres eigentlichen Zweckes, einer Preisgabe ihrer ganzen Existenz gleich kommen würde. Greifen wir nur einige Punkte heraus.

Der Unternehmerverband verlangt von den Gewerkschaften die tarifliche Zustimmung zu dem einseitigen Unternehmerarbeitsnachweis. Wie dieser Nachweis gehandhabt würde, kann gar keinem Zweifel unterliegen, nachdem sich der Verband der Bauunternehmer bei dem jetzigen Kampfe in seiner ganzen scharfmerkwürdigen Gestalt gezeigt hat. Der christliche Bauhandwerkerverband steht mit der Gesamtheit der christlichen Gewerkschaften grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsvermittlung der paritätischen Regelung unterliegen muß. Dieser Auffassung haben sich auch die sozialdemokratischen Verbände angeschlossen. Von diesem Standpunkte können die Arbeiter keine Fußbreite abgeben. Und bei der bekannten Praxis der einseitigen Unternehmerarbeitsnachweise wurden sich die Gewerkschaften bei Zustimmung zu dieser Arbeitgeberforderung den Strick brechen, mit dem sie selbst erdroffelt würden. Ferner verlangen die Unternehmer, daß die Affordarbeit der außertariflichen Regelung zwischen Arbeiter und Bauherr unterliegen soll. Die Arbeiterorganisationen sollen jeglichen Einfluß auf die Gestaltung der Affordarbeit, die im Baugewerbe die schlimmsten Auswüchse gezeitigt hat, ausüben. Der christliche Bauhandwerkerverband ist kein grundsätzlichiger Gegner der Affordarbeit, aber er will niemals seine Zustimmung dazu geben, daß sie ganz der Willkür der Unternehmer überlassen bleibt. Der Zweck der Gewerkschaften ist, auf die Höhe der Löhne und den Zustand des ganzen Arbeitsvertrages einen Einfluß zu gewinnen. Auf dieser Zwecksetzung baut sich ihre ganze Existenz auf. Würden sie der Forderung des Unternehmerverbandes zustimmen, gäben sie ihren eigentlichen Zweck, ihre Aufgabe und ihr legitimes Recht preis, ganz abgesehen davon, daß dann in die Lohnverhältnisse die ganzen regellosen Zustände wieder einbringen würden, unter denen namentlich die kleineren Unternehmer in der vortariflichen Zeit zu leiden hatten. Ein Tarifvertrag kann für beide Teile nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn in ihm namentlich die Lohnfrage einer exakten Regelung unterworfen ist. Einer Anarchie in den Lohnverhältnissen dürfen die Arbeiterorganisationen unter keinen Umständen ihre Dienste leisten. Als dritten wichtigen Punkt wollen wir hervorheben die Forderung bezgl. Zentralabstufung des ganzen Tarifinhalts.

Die Bauarbeiter sind nicht grundsätzlich einer zentralen Regelung feindlich, sie anerkennen, daß das ganze Tarifwesen auf Zentralisation hindrängt, jedoch lehnen sie dieselbe ab, weil infolge der besonders gelagerten Verhältnisse im Baugewerbe die Dinge dafür namentlich auf Seiten der Unternehmer, noch nicht reif sind. Die Unternehmer wollen sich mit der zentralen Regelung die Möglichkeit in die Hand spielen, nach ihrem Gefallen bei einer Tarifveränderung der Arbeiter in irgend einem Orte die ganze Bauarbeitererschaft auf die Straße zu werfen, gerade, wie es die schwedischen Unternehmer im vorigen Jahre auch gemacht haben. In diesem Sinne sind auch die internationalen Verhandlungen gepflogen worden, wovon wir in der vorigen Nummer berichtet haben. Auch bezüglich der Arbeitszeit haben die Arbeiter keine Forderungen erhoben. Jedoch hat der Arbeitgeberverband auf seiner Generalversammlung beschlossen, daß seine Mitglieder nur dann einem Tarife zustimmen dürfen, wenn die Arbeitszeit für alle Orte, in denen bereits eine längere Arbeitszeit besteht, nicht unter zehn Stunden herabgesetzt wird. Die Arbeiter haben sich mit vollem Recht gefügt, daß in diesem Beschluß einfach eine Vergewaltigung des Tarifgedankens zu erkennen sei. Unbestimmt darum, ob sie eine längere Arbeitszeit wollen oder nicht, bei solchen Beschlüssen kann doch von einem tariflichen Verhandeln keine Rede mehr sein. Der Tarifvertrag unterliegt der Verhandlung und der Kündigung der beiden Kontrahenten, niemals aber der willkürlichen Bestimmung des Arbeitgeberverbandes.

Das sind die hauptsächlichsten Streitpunkte ganz kurz gedrängt. Der Unternehmerverband will sie den Arbeitern aufzwingen, weil er weiß, daß er damit die Gewerkschaften zu ihrem Lebensnerv trifft. Auf der Dresden Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes (22. März) sagte der Unternehmer Vorsitzende bezgl. des zentralen Abschlusses: „Wenn wir heute sind von dem Willen zur Macht, so müssen wir irgend ein Mittel zum ersten Punkt sprechen. Der erste Punkt besagt, wir wollen unseren Tarif zentral abschließen... auf einen Tag und auf gleiche Dauer von Jahren... Die Nacht wird mit diesem Punkte heißen und fallen. Wenn heute ein Tarif in ganz Deutschland abzuschließen, so können... eine Million im Baugewerbe beschäftigte Leute für die Streitfragen in Betracht... Können sie die Arbeiter heranziehen wo sie wollen, in höchstens zehn Wochen würden sie alle sein... Wenn ich heute Arbeitervertreter wäre, würde ich auch bis zum letzten dafür kämpfen, daß das nicht angenommen wird... Drücken Sie das durch, daß wir auf einen Tag die Beiträge festlegen und auf eine gleiche Dauer, so kommt alles andere von selbst.“

Großindustrielle oder Bauunternehmer?

Wer aufmerksam die Entwicklung im Baugewerbe und in der ganzen Unternehmerorganisationbewegung verfolgt hat, dem sind die Dinge in dem jetzigen Bauhandwerkerkampf gar keine überraschende Erscheinung mehr. Die Unternehmerkonsolidierung ist in den letzten Jahren bedeutend erkrankt, die Be-

strebungen auf ein inniges Verhältnis zwischen allen Unternehmerorganisationen stößt vorangekommen. Erinnert sei nur an das Kartellverhältnis zwischen Hauptstelle und Verein Deutscher Arbeitgebeverbände, zwischen Großindustrie und Handwerk. Im Baugewerbe ist dieser Kampf seit Jahren systematisch vorbereitet worden, auf Treiben der Großindustrie. Die Führer in diesem Kampfe sind nicht die Bauhandwerker, sondern die Herren Schmiedehaus, früherer Redakteur des Scharfmacher und Großindustriellenblodes und jetziger Redakteur der „Baugewerks-Zeitung“, der Architekt Friß aus Essen, Angestellter einer Berliner Firma, und vielleicht noch einige andere Herren. Das sind Leute, die als radikale Scharfmacher und eng mit der Großindustrie verflochten bekannt sind und die bei der ganzen Sache auch nicht einen einzigen Groschen zu verlieren haben. Das sind aber auch nur die Geiseln, denn hinter ihnen steht die rheinisch-westfälische Großindustrie. Die Bauunternehmer haben nur die Mühe zu machen, die Großindustriellen gegen den Ton an. Leider sind die Baumeister durch die systematische Verhetzung seitens Schmiedehaus und anderer in eine solche Verfassung hineingebracht worden, daß sie diesen mit den Händen zu greifenden Tatsachen gegenüber vollständig blind sind. Mit den kleinen Handwerksmeistern wird in diesem Kampfe ein unverantwortlich gefährliches Spiel gespielt, ein Spiel um ihre gewerbliche Existenz. In diesem Kampfe stehen sich zwei ungleiche Gegner gegenüber. Es kämpft nicht der Bauarbeiter einen Kampf gegen seinem Unternehmer oder Meister, sondern es stehen sich hier Bauarbeiter und Großindustrielle gegenüber. Diese sind nicht so uneigennützig, daß sie ihre Millionen ohne jede Gegenforderung den Bauunternehmern zuzuführen. Das widerspricht der ganzen Veranlagung dieser Leute. Sie werden sich für ihre Geldbedingungen ausbehalten haben, die ihnen die eigentliche Führung in diesem Kampfe sichern. Wir sind der Überzeugung, daß in dieser Attacke gegen die Gewerkschaften ganz allein die Großindustriellen die Bügel in der Hand haben, ja, daß es soweit kommen kann, daß die Meister ohne Genehmigung der Großindustrie überhaupt keinen Frieden mehr schließen dürfen. Die Herren verlangen für ihre Millionen auch die Gewalt.

Sie bemerken.

Die Mitteilungen, die Industriellen hätten Millionen gesteuert, sind bemerkt worden. Wohl aus taktischen Gründen, weil das Wort der Großindustrie die Meinung der Öffentlichkeit noch mehr den Arbeitern zuneigte. An Gerechtigkeit verliert diese Mitteilung durch die Ablehnung nichts. Wahrscheinlich ist, daß sich jene Kreise nur mit ihren Unterstellungen im Hintergrunde halten, um in der Öffentlichkeit nicht als die eigentlichen Kulissenhändler bei der Ausperrung angesehen zu werden. Mit jedem Tage zeigt sich aber deutlicher, daß es doch so ist. Am 19. April d. J. tagte in Berlin die Ausschussung des „Bereins Deutscher Arbeitgeberverbände“, die die weitgehendste Unterstützung des „Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe“ beschlossen hat. Danach sollen die Mitglieder der Arbeitgeberverbände 1. keine ausgesperrten Arbeiter einstellen, 2. soll die Frist zur Fertigstellung der Bauten um die Dauer der Ausperrung verlängert werden, 3. sollen die Mitglieder, die Bauarbeiter in eigener Regie beschäftigen, diese auch ausperrten. Zur finanziellen Unterstützung wurde beschlossen, — einen Unterstützungsfonds zu schaffen. Der Anstoß bezieht, die Mitgliedsfirmen unter Mitwirkung der betreffenden Bezirks- und Ortsverbände dringend zu bitten, zu diesem Fonds 1 Mark pro 1000 Mark der 1909 gezahlten Jahreslohnsumme beizutragen. Zahlungen sollen gerichtet werden an die zuständigen Bezirks- und Ortsverbände, welche die eingehenden Gelder unterzüglich an die Deutsche Bank, Depositenkasse C., Berlin W. 9, Potsdamerstr. 134a, unter dem Konto „Unterstützungsfonds für das Baugewerbe“ weiterzuleiten haben.

Ein entsprechender Anruf, sich an der finanziellen Unterstützung zu beteiligen, soll an die Industrie gerichtet werden.

Die Lage steht also auch auf den Füßen; die Millionen der Großindustriellen werden in den Unterstützungsfonds fließen, ob spitzel oder nicht, bleibt sich schließlich ganz gleich.

Der Kampf wird auf den Rücken der kleinen Meister umgeschoben.

Die Männer, die ausposaunen, um die Arbeiterorganisationen zu Krüppeln zu schlagen, werden in erster Linie die kleineren, weniger kapitalkräftigen Meister treffen. Selber ist, daß von diesen manche auf der Straße bleiben werden, wenn der Kampf längere Zeit dauern sollte. Das werden auch die Millionen der Großindustriellen nicht zu hindern vermögen. Auch die Großindustrie kann den kleinen Bauunternehmern, die in den Jahren der Krise keine Arbeit hatten, ihre künftige Existenz nicht garantieren. Selbst der kleinste Stegewart auf der Generalversammlung des christlichen Bauhandwerkerverbandes ganz richtig, daß der Kampf mit einer Niederlage enden sollte, was würde dieses insbesondere für den kleinen Bauunternehmer bedeuten? Es würde bedeuten, daß die aufsteigende Konjunktur mit Kleinrenten angefaßt würde, daß an Stelle von ruhigen wachsenden Beschäftigungen und die Höhe von diesem Kleinrenten während der ganzen aufsteigenden Konjunktur die kleineren Unternehmer zu bezagen. Die Jahre ist so teuer, daß das nicht einmal die Solidarität der Unternehmer aus den Kreisen der Großindustrie ausreicht. Und was haben diese Unternehmer von den Forderungen des Arbeitgeberverbandes? Der Arbeitsnachweis acht ihnen nichts, besonders in den kleineren und mittleren Städten nicht. Die Affordarbeit macht ihnen nichts, und für die „Solidarität“ können sie sich nicht leisten, wenn sie nachher in der Zinsknecht sind.

Die kleinen Unternehmer sollten sich doch vor Augen halten, daß sie mit der Großindustrie sehr wenige, mit der Arbeiter- und Bauhandwerkerorganisation aber die allergrößten Interessen gemeinam haben. Die Großindustrie,

die Spekulanten usw. sind vielmehr lebhaft daran interessiert, daß die Kleinen niedergedrückt werden.

Die Einigkeit der Unternehmer hat ein großes Loch, darüber können selbst die gefährlichsten Rechtsrichter des Arbeitgeberbundes nicht hinwegtäuschen. Viele haben nicht ausgeperrt, andere folgten nur widerwillig dem Zwange, andere haben sich bereits mit den Arbeitern geeinigt. Sie haben das verderbliche Spiel, das mit ihnen ausgeführt werden soll, durchschaut. Die Bissen über die ausgesperrten Arbeiter, die seitens des Arbeitgeberbundes in die Presse lanciert werden, sind ganz tendenziös und fast übertrieben, um die Uneinigkeit im eigenen Lager nach außen hin nicht in die Erscheinung treten zu lassen und weitere Unternehmer zur Ausperrung zu veranlassen. Die angebotenen Gewaltmaßregeln (Materialsperr), die Solidaritätserklärungen der Baumaterialienhändler werden ihre Wirkung nur zum Teil tun. Genaue Angaben über den Umfang der Ausperrung können wir noch nicht machen. Auch versuchen die Unternehmer, die Öffentlichkeit bezüglich Ursache des Kampfes irrezuführen. Wir verweisen hierzu auf den ersten Teil dieses Artikels, der den Sachverhalt richtig darstellt.

Der christliche Bauhandwerkerverband ist dem Verhältnis nach am stärksten beteiligt.

Der Ausperrungsbeschluss ist am stärksten in jenen Bezirken durchgeführt, in denen der christliche Bauhandwerkerverband viele Mitglieder hat. Tatsache ist, daß in Rheinland-Westfalen manche liberale Unternehmer die Sperrung hegen, in dem Betriebe dieses Kampfes würde der christliche Bauhandwerkerverband total zermalmt werden. Diese Herren geben sich einer gewaltigen Täuschung hin.

In zwei Domänen des „freien“ Bauereverbandes, Berlin und Hamburg ist eine Einigung erzielt worden, für andere Orte steht die Verhandlung in nahe Aussicht. Dadurch ist dieser Verband finanziell außerordentlich entlastet worden. Er bekommt allein von diesen Mitgliedern wöchentlich rund 200 000 Mk. Extrabeiträge (pro Mitglied und Tag 1 Mk.). In dieser glücklichen Lage ist unser Bruderverband nicht. Er muß die Geißel des Arbeitgeberbundes voll fühlen. Darum ist

eine finanzielle Unterstützung Pflicht eines jeden christlichen Arbeiters.

Unsere Kollegen im Baubereiche kämpfen um den Weg frei für eine freiere Ausübung unserer Rechte, für die Aufwärtssteigerung unserer Lebenshaltung. Die Großindustrie hofft, mit einer Niederringung der Bauhandwerker den Tarifvertrag für immer von sich abgewendet, die Möglichkeit für die Durchführung des einseitigen Zwangsarbeitsnachweises errungen zu haben und der Notwendigkeit entdrückt zu sein, ihren Arbeitern einen den Bedingungen einer gesunden Lebenshaltung entsprechenden Lohn zu zahlen. Darum ist der Kampf der Bauhandwerker unser Kampf. Wir kämpfen mit —

Es lebe die Solidarität!

Es lebe die Opferfreudigkeit unserer Mitglieder!

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Geldern.

Eine Lohnerhöhung erreicht. Endlich können wir unsern Mitgliedern auch etwas gutes aus Geldern mitteilen. In unserer so schönen Kreisstadt gelang es den Arbeitern der Firma Müller u. Sittgen, die Meterlöhne sowohl wie den Tagelohn zu steigern.

Es handelt sich bei genannter Firma um Schirmstoffe. Während der Tagelohn sonst 2,50 Mk. betrug, beträgt er jetzt 3 Mk. Ebenso trat eine Erhöhung der Meterlöhne um 10-15 Prozent ein. Nach dieser Erhöhung ist es einem Durchschnittsarbeiter möglich (wenn das Material gut ist), auch im Afford seine 3 Mk. täglich zu verdienen.

Gewiß nicht zu viel für eine so teure Stadt wie Geldern, aber immerhin mehr als früher. Es ist dieses schon die zweite Lohnerhöhung, die wir erreichen, und zwar im Verlaufe von einem Jahre. Und diese Aufbesserung verdanken wir allein dem Verbands. Früher, als die Arbeiter unorganisiert waren, waren die Verhältnisse hier sehr schlecht. Die Arbeiter mußten einfach nehmen, was die Firma ihnen gab. Die früheren Verhältnisse scheitern die Firma wieder herbeigeführt zu haben, denn sie schrieb in einem Brief, die Arbeiter möchten doch aus der Organisation austreten. So dumme waren die Arbeiter bei der Firma Müller u. Sittgen jedoch nicht.

Das kann man leider im allgemeinen von Geldern nicht schreiben, denn während wir hier Hunderte Arbeiter und Arbeiterinnen im Metall-, Labortextil- usw. Gewerbe haben, sowie einen schönen Arbeiterverein von 300 und noch mehr Mitgliedern, haben wir in allen Berufen noch nicht 100 christlich organisierte Arbeiter. Ob es bei den Unorganisierten nach diesem Erlöse der Textilarbeiter bald dunkelt? Oder wollen sie auch ferner mit dem Vorlieb nehmen, was der Unternehmer zu geben beliebt? Wir meinen, die Antwort darauf kann nicht schwer sein. Es genügt absolut nicht, wenn der Arbeiter auf politischem oder religiösem Gebiete seine Pflicht tut, er muß auch auf wirtschaftlichem Gebiete den gerechten Kampf kämpfen. Denn das muß einmal ausgebrochen werden: schließlich sind die Verhältnisse in Geldern liegen, liegen sie nirgendwo am Niederrhein. Deshalb aufgewacht, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen von Geldern und Umgebung, hinein in die christlichen Berufsorganisationen! Nur dadurch vermögen wir uns die Stellung zu erzwingen, die uns zusteht. Nicht Klassenkampf und Klassenkampf ist unsere Parole, sondern unsere Parole lautet Gleichberechtigung des Arbeiterstandes, Einigung in die Gesellschaftsordnung, auskömmliche Löhne und menschenwürdige Behandlung.

M. Glöckner.

Ein Streik unter eigenartigen Verhältnissen brach bei der Firma Rich. Brandts, Baumwollspinnerei, am 14. April aus. Die Affordarbeiter hatten schlechtes Material zu verarbeiten und konnten deshalb nicht mehr an den alten Lohn kommen. Aus diesem Grunde gingen die Annahmer, die an den Selbstaktoren beschäftigt waren, ins Kontor, um den Lohnausfall zu reklamieren. Da der Firmeninhaber abwesend war, hatten sie eine Unterredung mit dem Prokuristen. Dieser verwies die Arbeiter an den Betriebsdirektor, der ihnen schließlich erklärte, daß er für die Erledigung ihrer Wünsche nicht zuständig sei, sie möchten sich an Herrn Brandts selbst wenden. Da nun vorher schon verschiedentlich mündlich und schriftlich der Versuch gemacht worden war, mit Herrn Brandts eine Verhandlung zu bekommen, die aber nicht zu erreichen war, bemächtigte sich der Arbeiter eine Erregung. Hatte man doch schon wochenlang die Arbeiter auf diese Art hingehalten. In ihrer Aufregung erklärten die Arbeiter dem Direktor, sie würden nicht eher wieder arbeiten, bis sie mit Herrn Brandts eine Verhandlung gehabt hätten. Da nun auch die Sekretärinnen sich für die Sache interessierten, hatten diese während dieser Zeit auch ihre Maschinen stillgesetzt. Die Spinner hatten bis dahin, weil sie ohne Annahmer arbeiten mußten, die Hälfte der Maschinen in Betrieb gehalten. Als aber die Annahmer von der Verhandlung zurückkam, traten sie mit diesen über das Ergebnis der Verhandlung zu einer Beratung zusammen und stellten aus diesem Grunde die übrigen Maschinen ein. Während dieser Beratung machte der Direktor eine Drohung, die er vorher geäußert hatte, wahr. Er ließ die Dampfmaschinen stillsetzen, so waren die Arbeiter an der Weiterarbeit verhindert. Die Abteilungsmeister teilten den Arbeitern und Arbeiterinnen mit: es wird nicht mehr weitergearbeitet, das weitere wird durch Anschlag bekannt gemacht. Da nun auch die Türen geöffnet wurden, ging alles auf die Straße. Der übergrößte Teil der Belegschaft war unorganisiert. In Versammlungen wurde versucht, die Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich dem Verbände an. Eine Anfrage bei der Firma ergab, daß dieselbe nicht eher verhandeln wolle, bis die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen habe. Von den Arbeitern wurde aber auf eine vorherige Verhandlung bestanden. Inzwischen, am zweiten Tage, trat der Arbeitgeberverband in die Sache ein. Eine Kommission derselben verhandelte mit einer Vertretung der Arbeiter und empfahl dieser, die Arbeit wieder aufzunehmen, es würde dann ganz bestimmt eine Verhandlung folgen, widrigenfalls könnten sie dann die Ausschüsse beauftragt werden, sich gegen die Belegschaft zu wenden. Viele schloßen sich

Die Firma wird bis 1. Oktober d. J. mit den neuen Geschäftsabläufen die Löhne der Spulerrinnen und Tagelöhner erhöhen sowie die Maßregelung des Ortsgruppenvorsitzenden zu rücknehmen. Die Weber und Weberinnen werden die verlangte zweimöchige Leberstundenarbeit von einer Stunde pro Tag leisten. Auch wurde von der Firma die Abschaffung des meistbetagten Mißstandes (Agitation der Aufseherin des Betriebes, Frau des Werkführers, gegen unseren Verband) zugesagt, was sich auch die Organisten einer Agitation für den Verband während der Arbeitszeit enthalten.

Mögen die Arbeiter und Arbeiterinnen aus dieser Bewegung die Notwendigkeit und den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation erkennen.

Aus dem Wuppertale.

Ein ungünstiger Ausgang des Färbekampfes. Nach mehr als 11 wöchiger Dauer ist der Kampf im Färbereibetrieb am 9. April für beendet erklärt worden, leider ohne den Färbearbeitern den erwünschten und erhofften Erfolg gebracht zu haben. Am 7. Januar wurden nachstehende Forderungen, die schon einmal im vorigen Jahre von den Fabrikanten abgelehnt wurden, vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande erneut eingereicht.

1. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt für die Dauer des Vertrages 56 Stunden. Die Arbeitszeit beginnt morgens um 7 Uhr und endet abends um 7 Uhr. Sonntags wird von morgens 7 bis 1 Uhr durchgearbeitet. Pausen treten ein mittags von 12-1 1/2 Uhr und nachmittags von 4-4 1/2 Uhr. Während der Wintermonate (von Dezember bis März) ist die Kaffeepause von 4 1/2-5 Uhr.

2. Der Lohn der Weibchen unter 21 Jahren beträgt pro Woche 24 Mk., derjenigen über 21 Jahren 26 Mk. Dort, wo eine höhere Lohnskala vorhanden ist, bleibt dieselbe bestehen.

3. Der jetzt bestehende Lohn der selbständigen Färber (sowie Hilfsarbeiter) wird um 2 Mk. erhöht, der der Arbeiterinnen um 1,50 Mk.

4. Für Leberstunden wird gezahlt: die erste von 7-8 Uhr 50 Prozent Lohnzuschlag, die zweite von 8-9 Uhr 75 Prozent, die dritte und jede weitere 100 Prozent. Leberstunden und Feiertage dürfen in einer Woche nicht zusammenfallen.

5. Sonntagsarbeit wird wie die Nachtarbeit mit 100 Prozent Lohnzuschlag bezahlt und ist dieselbe soweit wie möglich zu vermeiden.

6. Die ständigen Nachtarbeiter erhalten einen Lohnzuschlag von 25 Prozent, für die 7. Nacht (Sonntag auf Montag) 50 Prozent Zuschlag.

7. Der Lohn der Belegschaft beträgt im ersten Jahre pro Woche 8 Mk., im zweiten 12 Mk. und im dritten 15 Mk.

8. Die Lohnzahlung ist wöchentlich und erfolgt freitags vor Arbeitschluss.

9. Gesetzliche Feiertage werden bezahlt.

10. Die Kündigungsfrist ist für familiäre Arbeitgeber und Arbeiter eine eintägige und hat immer am Tage vorher zu erfolgen.

11. Zur Schlichtung etwa während der Vertragsdauer entstehender Differenzen wird eine zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisation bestehende Schlichtungskommission eingesetzt, welche nach Ausbruch von Differenzen innerhalb einer Woche, vom Tage der Anrufung gerechnet, zusammenzutreten muß.

12. Die Kündigungsfrist des Tarif ist eine dreimonatliche. Erfolgt von keiner Seite aus die Kündigung, so läuft derselbe ein volles Jahr weiter.

13. Beide Parteien verpflichten sich, den Tarifvertrag genau einzuhalten und hat während der Vertragsdauer jeder Versuch zu einer Verschlechterung oder Verbesserung zu unterbleiben.

Nach Ablehnung dieser Forderungen durch die in Betracht kommenden Unternehmerorganisationen traten die Arbeiter einer Anzahl Betriebe in den Streik, worauf dann die Mehrzahl der Färbereibetriebe mit der Aussperrung antwortete. Nachdem mehrere Einigungsverhandlungen erfolglos geblieben waren und die Färbereibetriebe am 29. März ihre Betriebe wieder geöffnet hatten, wurde zwischen dem Geschäftsführer des Bergischen Arbeitgeberverbandes und einem Angehörten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes folgender Vergleichsvorschlag vereinbart:

Die beiden Unterzeichneten empfehlen ihren Organisationen die Beendigung der Streikbewegung in der Färberei-Industrie auf folgender Grundlage:

1. Die bisherigen Lohnsätze in der Seiden- und Kunstseidenfärberei für nicht großjährige Färbereigenen, nämlich nach beendeter Lehre und mit vollendetem 18. Lebensjahre 21 Mk., 19. Lebensjahre 22 Mk., 20. Lebensjahre 23 Mk., 21. Lebensjahre 24 Mk. pro Woche werden, auch in den Betrieben des Vereins der Färberei- und Bleichereibetriebe eingeführt.

2. Großjährige Färbereigenen, welche drei Monate im gleichen Dienste sind, erhalten 25 Mk. pro Woche; mit dem vollendeten 24. Lebensjahre hört diese Zeitbeschränkung auf.

3. Bezüglich der selbständigen Färber bleiben die bisherigen Löhne bestehen.

4. Die Arbeit wird in allen Betrieben am Montag, den 11. April, wieder aufgenommen, und zwar melden sich die Arbeiter bei ihren alten Arbeitsstellen; Annahme erfolgt nach Bedarf.

5. Die Arbeitszeit beträgt 58 Stunden.

6. Maßregelungen aus Anlaß der gegenwärtigen Streikbewegung finden nicht statt.

Es werde, den 7. April 1910.

gez. Krall, gez. Joseph Feinhals.

Diesen Bedingungen wurde zugestimmt, worauf die Wiederaufnahme der Arbeit am 11. April erfolgte. Ein Vergleich dieser Bedingungen mit den oben angeführten Forderungen zeigt uns, daß der sozialdemokratische Verband viel Wasser in seinen Wein hat gießen müssen, ist doch nicht eine einzige der gestellten Forderungen von den Unternehmern ganz bewilligt worden. Und doch waren alle Voraussetzungen für einen erfolgversprechenden Ausgang des Kampfes gegeben: ein äußerst flotter Geschäftsgang, Uneinigkeit innerhalb der Unternehmerorganisationen, Kampf- und Opferfreudigkeit und eine siegesgierige Zuversicht bei den Arbeitern. Würde der Kampf, wenn er schon mal nicht zu umgehen war, gleich von Anfang an energig auf der ganzen Linie durchgeführt worden, so würden die übrigen Textilfabrikanten durch den dann eintretenden Mangel an gefärbten und gebleichten Stoffen schon gezwungen gewesen sein, ganz energig auf die Lohnfärbereibetriebe einzuwirken, damit diese sich mit den Arbeitern verständigten. Der Kampf wäre dann sicher viel früher und jedenfalls auch mit größerem Erfolge für die Arbeiterschaft beendet worden. Als aber mit Erlaubnis der sozialdemokratischen Streikleitung in vielen Betrieben — ja selbst in solchen, wo die Arbeiter teilweise ausgesperrt waren — ruhig weitergearbeitet wurde; als hierorts und auswärts durch Leberstunden, Nachts- und Sonntagsarbeit der Färberei- und Bleichereibetriebe bei der weiterverarbeitenden

Textilindustrie des Wuppertales ein empfindlicher Materialmangel nicht fühlbar wurde, da unterließ eben eine berartige Einwirkung auf die Färbereibetriebe. Der Kampf schleppete sich dadurch monatelang hin, die Aussichten auf einen vollen Erfolg wurden immer geringer, dank der höchst sonderbaren Streiktaktik. Und heute, wo bereits wieder seit einer Woche gearbeitet wird, liegen noch über hundert Arbeiter auf der Straße.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Borghorst. Einen außerordentlich zahlreichen Besuch hatte die Versammlung christlicher Textilarbeiter aufzuweisen. Es wurde zunächst die Beendigung der Aussperrung in Gronau besprochen und im Anschluß hieran auch der Prozeß Sparenberg vor dem Schöffengericht zu Ahns. Es war selbstverständlich, daß die augenblickliche Lage im Baugewerbe einen großen Teil der Aussprüche in der Versammlung einnahm. Es wurde zunächst der ganze Verlauf der Verhandlungen vor Augen geführt mit dem Endergebnis der Erkenntnis, daß die Arbeitgeber im Baugewerbe absolut den Kampf wollten, um die Organisationen der Arbeitnehmer zu zerschlagen. Was jetzt im Baugewerbe geschieht, könne sehr leicht auch in anderen Berufen vorkommen, und deshalb sei es Pflicht und Schuldigkeit der gesamten deutschen Arbeiterschaft, dahin zu wirken, daß der Sieg auf Seiten der Arbeiterschaft ist. Es wurde in der Versammlung angeregt, daß man alle Arbeiten, wobei Maurer und Zimmerer in Betracht kämen, womöglich jetzt den ausgesperrten Arbeitern überweisen möge. Der Antrag eines Mitgliedes, denjenigen Geschäften, die die Materialsperrung verhängt hätten, auch in Zukunft keine Aufträge zuzuwenden, sei es in Platten, Holzern usw., rief eine ausgedehnte Aussprache hervor, welche sich jedoch vollständig im Rahmen des Antrages bewegte. Die Stimmung der Arbeiterschaft kam ganz besonders in nachfolgender Resolution zum Ausdruck:

Die sehr gut besuchte Versammlung christlicher Textilarbeiter berichtigt nach eingehender Diskussion, die Bauarbeiter in ihrem schweren Kampfe in allen Mitteln zu unterstützen. Da schon mehrere Geschäfte die Materialsperrung ausgesprochen haben, vertritt sich die Versammlung, solche Geschäfte und solche, welche sich mit diesen solidarisch erklären, in Zukunft zu meiden.

Döhren-Wülffel. Am 17. April fand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Zunächst erstattete Kassierer Franz Köpfe den Kassenericht vom ersten Quartal 1910. Die Revisoren erklärten, alles in bester Ordnung befinden zu haben. Es wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Es kam dann zur Wahl einiger Vorstandmitglieder. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Franz Köpfe, als Kassierer Fritz Hufschmidt und als Revisor Kollege Franz Wader gewählt. Der Vorsitzende Franz Köpfe dankte der Generalversammlung für das Vertrauen und forderte die Anwesenden auf, auch mit dem Vorstand und den Vertrauensleuten unermüdet zu arbeiten und zu agitieren für unsern Verband. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der erste Vorsitzende Franz Köpfe in Wülffel, Poststraße 19, und der Kassierer Fritz Hufschmidt in Döhren, Jügelstr. 9, wohnt.

Forst (Aussig). Eine interessante Mitgliederversammlung hielt unsere Ortsgruppe am 19. April ab. Nach Bekanntgabe des Quartalsberichtes setzte der Kollege Bogit die Vorträge über unser Verbandsstatut fort und zwar erläuterte er in leicht verständlicher Weise das Unterhaltungsweisen unseres Verbandes. Er besprach die einzelnen Unterhaltungsbeirichtungen, stellte sie im Zusammenhang mit denen der gegnerischen Verbände, um zu zeigen, daß unser Verband auch in dieser Beziehung andere Verbände vielfach übertrifft. An der Hand der Summen der ausgezahlten Unterhaltungen im Jahre 1909 wies der Referent nach, daß es sich wohl lohne, bei uns organisiert zu sein, denn rund 33% der Einnahmen seien in dem angegebenen Jahre in Form von Unterhaltungen an die Mitglieder wieder zurückgezahlt worden. Das sei eine so hohe Verzinsung der Verbandsbeiträge, die neben vielen wirtschaftlichen Verbesserungen der Verbandsmitgliedern wieder gute kämen, daß angesichts solcher Tatsachen alle Mitglieder dem Verbande neue Anhänger zuzuführen recht eifrig bestrebt sein müßten. — Die Forderungen unseres Verbandes an den Arbeitgeberverband der Textilindustrie in der Niederlausitz wurden dann noch besprochen und zu regelmäßigem Gebrauch der eingeführten Lohnnotierungsblätter aufgefordert. Einige Mitglieder gaben noch Fälle bekannt, die die „saubere“ Agitationsweise des „deutschen“ Verbandes illustrierten. Beschlossen wurde, am 8. Mai einen Ausflug nach Weiskitz zu unternehmen.

Sehn. Mit dem neuen Jahre ist auch hier in unsere Ortsgruppe neues Leben gekommen. In diesem Quartale fa ten wir zwei Versammlungen, eine Mitglieder- und eine öffentliche Versammlung. In der Mitglieder-Versammlung war Vorstandswahl. Als Vorsitzender wurde Kollege Joseph Leichter, als Kassierer und Schriftführer Kollege Andreas Lenzen und Heiner Mauer gewählt, als Revisoren Heiner Leblanc und Clemens Schmitz, als Vertrauensleute die Kollegen Theben, Weichen und Eder. Öffentlich werden diese Kollegen alle ihr Amt so erfüllen, daß unsere Ortsgruppe bald wieder zu ihrem alten Verbands kommt. In der öffentlichen Versammlung hatten die Kollegen Herzhoff und Herms die Referate übernommen. Sie sprachen über den Zwangsarbeitsnachweis der Unternehmer und mahnten zum Beitritt in den Verband. Unsere Ortsgruppe hat jetzt wieder 60 Mitglieder.

Zinnenstadt. Am 10. April hielt unsere Ortsgruppe eine Versammlung ab, zu welcher auch Unorganisierte geladen waren. Die Tagesordnung lautet: 1. Referat, 2. Versammlungs- und Tätigkeitsbericht, 3. Kassenericht, 4. Bericht des Betriebskrankenkasse, 5. Bericht von der Generalversammlung des Ortsverbandes Kempen und Umgebung. Ueber diesen Punkt konnte der Vorsitzende, Kollege Wiedemann, sehr ausführlich mitteilen. Im Referat wurde besonders betont, daß die Arbeiter mehr Interesse für die Gewerkschaften zeigen müßten. Dem Beispiel der Unternehmer, die alle einig seien, ohne Unterschied der Branche und Konfession, müßten die Arbeiter nachfolgen. Zum Schluß forderte der Referent alle auf, treu zur Sache zu halten und sich durch nichts irren machen zu lassen.

Oberhausen bei Augsburg. Am 17. April hielt unsere Ortsgruppe ihre Quartalsversammlung ab. Zunächst erstattete die Kassiererin den Kassenericht. Rasse, Bücher und Belege waren in bester Ordnung gefunden, worauf Entlassung erteilt wurde. Ein neues Leben ist in unserer Ortsgruppe erwacht und mehrere neue Mitglieder wurden aufgenommen. Es wurde beschlossen, jetzt in den Sommermonaten die Versammlung am Sonntag, am Samstag Abend abzuhalten. Wir hoffen, daß die Versammlungen jetzt besser besucht werden. Einem jeden Mitglied ist es zur Pflicht gemacht, pünktlich zu den Versammlungen zu erscheinen. Auch die Mitglieder von Kriegshäusern werden ersucht, die Versammlungen fleißig zu besuchen und Unorganisierte mitzubringen. Insbesondere möchten alle Mitglieder am Sonntag, den 8. Mai, nachm. 3 Uhr, beim Simmental, erscheinen. Bezirksleiter Kollege Geier wird einen Vortrag halten.

Siedingen. 5. Mai (Christi Himmelfahrt): Öffentliche Gewerkschaftsversammlung für a) Siedingen, b) Derschingen, c) Hanner, d) Oberhof, e) Babitz, f) Waldbach, g) Kumpff, h) Stein, i) Eiden. Verschiedene Referate werden gehalten. Lokale und Zeit werden in den Flugblättern bekannt gegeben.

Sommerfeld. Einen sehr interessanten Verlauf nahm unsere Versammlung am 17. April. Auch der Besuch war gut. Kollege Bogit-Forst referierte über: die gegenwärtigen Aufgaben der christlich-nationalen Arbeiterschaft und besprach hierbei den Stand der Reichsversicherungsordnung

wie des Arbeitsamtergesetzes. Wegen der Errichtung von Arbeitgeber-Arbeitsnachweisen mußte Front gemacht werden. Der Referent legte auch die Ursachen der Differenzen im Baugewerbe auseinander und unterzog dann besonders die Verhältnisse in unserem Gewerbe einer Kritik. Die an den Arbeitgeberverband der Textilindustrie in der Niederlausitz eingereichten Forderungen betr. die Arbeitszeit wurden nochmals besprochen. Man war sich allseitig klar, das kam auch in der Diskussion zum Ausdruck, daß die Arbeiterschaft gegenwärtig mehr denn je vor große Aufgaben gestellt sei, deren befriedigende Lösung mit davon abhängt, daß überall neue Scharen unserer christlich-nationalen Verbänden eingeführt werden. Einen Bericht von der Vorstandskonferenz am 13. März in Cottbus gab Kollege Klauke. Die Abrechnung vom ersten Quartal 1910 wurde ebenfalls vorgelesen. Zum Schluß nahm Kollege Bogit nochmals das Wort zur Erklärung unserer Unterhaltungsbeirichtungen und mahnte gleichzeitig zum regelmäßigen Gebrauch der Lohnnotierungsblätter.

Aus unserer Industrie.

Geschäftsergebnisse der 10er Aktiengesellschaften in der Textilindustrie im Jahre 1909.

Die deutsche Industrie stand während des verfloßenen Jahres noch immer unter den Wirkungen der Krisis vom Jahre 1908 und war ungenügend und wenig lohnend beschäftigt, mochten auch Börsen und Zeitungsberichte von einer bevorstehenden Wiederbelebung noch so sehr fabeln und eine Fortsetzung der Hochkonjunktur des Jahres 1907 in nahe Aussicht stellen. So und ähnlich klingt es aus den Geschäftsberichten verschiedener größerer Aktiengesellschaften und anderer Unternehmungen. Mit andern Worten: Das Jahr 1909 hat die Erwartungen mancher deutscher Aktionäre nicht erfüllt und einen geringeren Ueberschuß erbracht als erhofft wurde.

Daß die deutsche Industrie im vergangenen Jahre noch immer unter den Wirkungen der Krisis vom Jahre 1908 zu leiden hatte, konnte die Textilarbeiterchaft auch so mannigfaltig erfahren; denn man hat von seiten der Unternehmer in verschiedenen Gegenden und Bezirken der Textilindustrie die Löhne der Arbeiterschaft gekürzt, ohne zu berücksichtigen, daß auch die Arbeiterschaft in den Zeiten der Krise mit finanziellen Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiete zu kämpfen hat.

Wie ganz anders aber sehen sich die Verdienste der Aktionäre gegenüber denjenigen der Arbeiterschaft an. Folgende Zusammenstellung möge ein Bild von der Notlage und den Schwierigkeiten geben, denen die Aktionäre der deutschen Textilindustrie im Jahre 1909 ausgegesetzt gewesen sind:

Table with 4 columns: Weibereien, Reingewinn, Dividende 1909, Dividende 1908. Lists various textile companies and their financial results.

Die Fortsetzung dieser Zusammenstellung, die in der nächsten Nummer veröffentlicht werden wird, wird nur die Spinnereien und diesen verwandte Betriebe umfassen. Dem sehr guten Verdienst der Weibereien und der Spinnereien- und Bleichereien schließen sich die Gewinne der reinen Spinnerei-Aktiengesellschaften an. Im allgemeinen sind sie sogar noch beträchtlich höher.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Eine Rechtfertigung der christlichen Gewerkschaften in der Streikfrage. Der Jesuitenpater Wiederlad, Professor für katholische Moraltheologie an der Universität Innsbruck, hat kürzlich die Frage über die sittliche Erlaubtheit der Arbeiterstreikfrage einer wissenschaftlichen Beiprächung unterzogen, die in jeder Hinsicht eine vollständige Rechtfertigung des Standpunktes darstellt, den die christlichen Gewerkschaften in der Sache vertreten. Mit Rücksicht auf die ständigen Angriffe der „Berliner“, die gerade in diesen Dingen den christlichen Gewerkschaften Miß-

achtung der christlichen Sittengesetze und der katholischen Lehrlage vorwerfen, sind die Darlegungen des katholischen Moraltheologen, der als Autorität auf seinem Gebiete gilt, von großem Belang. Die Angriffe und Einwendungen der „Berliner“ in der Streikfrage sind von dem Pater nicht bloß vollständig widerlegt, sondern auch als das bezeichnet worden, was sie sind: eine unchristliche Annahme, ihre Interpretation der Streikmoral als die einzig richtige hinzustellen und allen Mangel an katholischer Betrachungsweise zuzuschreiben, die sich diese Streiklehre nicht aufzwingen lassen wollen. Wir können uns nur ganz knapp mit Pater Wiederlads Artikel beschäftigen. Wir raten unseren Lesern dringend an, die betr. Artikel in Nr. 15 der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ zu studieren.

Direkte Veranlassung zu seiner Stellungnahme gab Pater Wiederlad die Broschüre des Generalsekretärs der katholischen Arbeitervereine der Diözese Trier (Sig Berlin) Jakob Treib: „Der moderne Gewerkschaftsgebante vom Standpunkte der Vernunft und Moral.“ Zu seiner Abhandlung nimmt Professor Wiederlad auch Bezug auf die Erklärung, die der Generalsekretär Sig. Journelle der katholischen Arbeitervereine „Sig Berlin“ in einer Berliner Arbeiterversammlung zur Frage abgegeben hat. Der „Arbeiter“-Berlin berichtet darüber in seiner gewerkschaftlichen Zeitschrift, „Korrespondenzblatt der beruflichen Fachabteilungen“ vom 30. Januar 1910. Wiederlad greift die Stelle heraus, wo Journelle sagt:

„Die eigenmächtige Selbsthilfe durch wirtschaftlichen Machtkampf kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht völlig ausgeschlossen werden, ist aber nur dann erlaubt, wenn erstens eine ganz offensbare Verletzung unerbittlicher Rechte vorliegt, welche die Arbeitspflicht selbst bedingen und auf seiten der Berechtigten zugleich mit sittlichen Pflichten verbunden sind, deren Wahrung oder Preisgabe nicht dem freien Ermessen überlassen ist, wenn zweitens die zuständigen Autorität ihre Hilfe verweigert... (folgt 3., 4., 5.) Bloße Wünsche wirtschaftlicher Art rechtfertigen dagegen nie den wirtschaftlichen Machtkampf und die Unterbrechung der Erfüllung der durch das Naturgesetz und das göttliche Gebot begründeten Arbeitspflichten.“

Wiederlad bemerkt demgegenüber nach den Mitteilungen der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“: „1. Natürlich kann eine auch noch so zurechtlich vorgetragene Behauptung nicht als Beweis für eine moraltheologische Ansicht angesehen werden. 2. Journelle kann für seine Meinung auch nicht einen einzigen Moraltheologen, der diese Frage behandelt, anführen, während sämtliche Autoren, welche sie besprechen — wir haben früher Schmidt, Bernerich, Willems, Göppert, Moldin, Sönick, Mart, Berardi, Ferreres zitiert — den Gegnern Journelles recht geben. Und zwar tragen diese Theologen ihre Meinung nicht etwa als eine mehr oder weniger wahrscheinliche Ansicht, sondern als sicher vor. 3. Treib hat allerdings Gründe für seine und Journelles Auffassung gebracht; indessen sind dieselben, wie bereits bemerkt wurde, unklar. Sollte Journelle andere Gründe haben, möge er sie angeben und sie sollen ganz objektiv geprüft werden. 4. Jeder Leser aber wird zugeben, daß, solange Journelle seine Meinung nicht beweist, er auch nicht das geringste Recht besitzt, sie anderen aufzudrängen und jene als minder gewissenhafte Katholiken hinzustellen, welche der von allen heutigen Moraltheologen vorgetragenen Meinung beipflichten.“

Und was hat der „Arbeiter“ dem Pater und der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ zu antworten? Sachlich nicht. Er wirft dem Pater „persönliche Ausfälle“ und „persönliche Berührungspunkte“ vor, und der „Westdeutschen“, daß sie auf dieser Seite der Wiederlad'schen Arbeit das größte Gewicht beizulegen scheine. Dann behauptet er, daß die „Westdeutsche“ die Arbeit des Paters in den Tumult der Parteileidenschaften hinarbeitete.

Eine bessere Charakterisierung seines Wesens und eine offenere Banterklärung hätte der „Arbeiter“ nicht geben können.

Christliche Gewerkschaften und katholische Arbeitervereine. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ hat wiederum eine Sondernummer herausgegeben. Diesmal ist sie ganz den katholischen Arbeitervereinen gewidmet, speziell, soweit sie dem „Westdeutschen Verbande“ angehören. Die Nummer führt in vorzüglichen Artikeln auf über die Notwendigkeit dieser Vereine und über ihre vielfältige Tätigkeit. Natürlich kann bei solcher Gelegenheit das Kapitel „Arbeitervereine und Gewerkschaften“ nicht fehlen. Die Frage wird in dieser Sondernummer eingehend besprochen. Warum die Arbeitervereine die christlichen Gewerkschaften fördern und nach welcher Richtung die Förderung in erster Linie geschehen müsse, soll einer späteren Gelegenheit vorbehalten sein. Die Sondernummer beschränkt sich darauf, zu sagen, daß es nicht überall so ist, wie es sein sollte und vielleicht auch sein könnte und wie es vor Jahren vielfach war:

Es war einmal, da wurde jede Versammlung des Arbeitervereins eine Propagandaversammlung für die christlichen Gewerkschaften. Das ist schon lange her, es war in den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung. In dem Maße, wie die Bewegung erstarkte, trat unsere Propaganda im Verein zurück. Die Gewerkschaften haben auf eignen Füßen, hätten ihren Beamtenapparat, ihre eigene Aktion, können von selbst durch — so gewöhnlich man sich zu denken. Schließlich, dachte mancher Präses und Vizepräses, und der Vorstand stimmte ihnen bei, ließe sich zur Sache auch nichts mehr Neues sagen. Die Mitglieder müßten den Refrain auswendig: „Kollegen, organisiert euch; nicht nur Arbeitervereinsarbeit, sondern auch gewerkschaftliche Betätigung!“ Wozu also? Zumal selbst Vereinsmitglieder anfangen, sich über fortwährende Gewerkschaftsagitiation im Verein ernstlich zu beschweren. Man solle sie in Ruhe lassen mit dem fortwährenden Reden, sie wählten schon Weisheit. Frag man aber die Gewerkschaftler, so sagten sie: „Gewiß wissen wir Bescheid, aber sie bleiben uns doch fern und lachen hinterwärts noch über unsere Dummheit.“ Kurz und gut, es kam so, daß sich manche Vereinsleitung für verpflichtet glaubte, abzuweichen, wenn ein Gewerkschaftler sich zu einem gewerkschaftlichen Appell an Arbeitervereine erhob. Man gab sich daran, die übereifrigen Gewerkschaftler, so gut es ging, zu beschwichtigen, legte hier und da ein zaghaftes Wort für die Gewerkschaften ein, wo es ungefährlich war, nahm auch wohl in das Winterprogramm des Unterrichtskurses oder der Vereinstagungen das eine oder andere gewerkschaftliche Thema mit auf, wandte sich auf Bezirksdelegierten tagen gegen die Gelben, indes — es stimmte doch nicht ganz. Unter der Decke glimmte das Feuer.

Die Gewerkschaftler im Verein wollten insgeheim, manchmal auch offen, und andere waren nicht geneigt, sich von der Mitarbeit im Verein zurückziehen, Gewerkschaftsbeamte genötigten sich daran, diesen oder jenen Verein bei ihren Berechnungen überhaupt nicht mehr in Betracht zu ziehen und die Folge von alledem — der Zuwachs an Mitgliedern aus unsern Arbeitervereinen für die christlichen Gewerkschaften ließ gar viel zu wünschen übrig.

Ich zeichne hier ein Bild, wie es gewiß längst nicht überall zutrifft — zwischen dem Mitgliederbestand unserer Knappenvereine und des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter beispielsweise herrscht nahezu Personalunion — wohl aber für viele Vereine, selbst im Industriegebiet.

Vor uns liegt die Verfassungskonferenz eines Bezirksverbandes im Ruhrrevier. Sie gibt u. a. Auskunft über die Berufsverhältnisse der Mitglieder in den einzelnen Vereinen des Verbandsbezirks (Metallarbeiter, Bergarbeiter, Maurer, Holzarbeiter, andere Berufe) und über die Zahl der gewerkschaftlich organisierten. Die Prozentziffer dieser organisierten Arbeitervereinsmitglieder der verschiedenen Berufe schwanken zwischen 10 und 95 Prozent, 10 bei Metallarbeitern, 95 bei Bergarbeitern. Durchschnitt für alle Berufe 35 Prozent. In manchen andern Bezirksverbänden sieht es kaum besser aus, speziell da, wo die Großindustrie (Hüttenwerke, Bergwerke) erheblich in Betracht kommen. Die Sache steht in der Tat so, daß wir wieder daran gehen müssen, ernsthafte Gewerkschaftspropaganda in unsern Vereinen zu machen, auch wenn sie manchem älteren Vereinsmitglied nicht nach der Mäße ist, und selbst auf die Gefahr hin, bei „verlorenen Sündern“ Anstoß zu erregen.

Es kommt ja auch immer darauf an, wie man das macht. Es gibt nun einmal noch Menschen, die davon überzeugt werden müssen, daß auch eine Gewerkschaft nötig ist, daß Beiträge dafür gezahlt werden müssen, daß auch sie bei gutem Willen diese Beiträge aufbringen könnten, und daß es vor allen Dingen unanständig ist, andere Kollegen gewerkschaftlich für sich arbeiten zu lassen, ganz abgesehen von der viel größeren Verantwortung, die der gewerkschaftlich passive Mann trägt. Freilich gibt es „unorganisierte Leute“, auch in unsern Arbeitervereinen, sie dürfen sich aber normalerweise nicht aus dem Reiz der gesund und kräftigen Männer rekrutieren.

Damals und heute. Bekanntlich hat Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften, die Christlichen zur Teilnahme am Kongress zwecks Stellungnahme zur Reichsversicherung eingeladen. Die christlichen Gewerkschaften haben verzichtet. Angesichts dieser Sache ist es angebracht, auf die Verurteilung desselben Legien auf dem sozialdemokratischen Arbeiterkongress (Köln 1906) hinzuweisen. Damals sagte Legien mit Nachdruck und Bestimmtheit:

„So lange ich an der Spitze der deutschen Gewerkschaften stehe, werden die christlichen Gewerkschaften niemals anerkannt werden.“

Fünf Jahre sind vorüber gegangen. Mag Legien über die christlichen Gewerkschaften denken, wie er will, praktisch muß auch er mit ihnen rechnen und sie anerkennen. Das beweist seine Einladung zum gemeinsamen Kongress.

Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands befindet sich in den letzten Monaten hauptsächlich seiner Mitgliederzahl in einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung. Seit Januar d. J. hat er mehr als 1200 Mitgliederzunahmen. Dieses außerordentlich günstige Ergebnis ist deshalb um so höher zu bewerten, weil es in einer Zeit erreicht wurde, die für das ganze Tabakgewerbe als eine schlimme Krisenperiode bezeichnet werden muß, unter der in erster Linie die Arbeiter dieses Gewerbes litten. Diese Erfolge wären nicht zu bezeichnen gewesen, wenn nicht der Verband sich der Tabakarbeiter während und nach der Steuerreform, die bekanntlich eine höhere Belastung des Tabaks brachte, mit großem Geschick und Erfolg angenommen hätte. Wenn die Folgen der Tabaksteuer einermassen für die Arbeiterchaft abgeschwächt wurden, so ist das nicht in letzter Linie der rühmlichen Tätigkeit dieses Verbandes zuzuschreiben. Das anerkennen die Tabakarbeiter und darum findet die Agitation des Verbandes so gute Aufnahme. Unsere Mitarbeiter können aber hieraus auch lernen, daß bei gutem Willen und ausdauernder Arbeit auch unter den schwierigsten Verhältnissen große agitatorische Erfolge zu erringen sind. Leider haben das nicht alle unsere Mitglieder bei der nunmehr bald überwundenen Krise in unserem Gewerbe beachtet, andere hätte die Krise nicht so auf unsern Mitgliederbestand eingewirkt. Doch werden unsere Kolleginnen und Kollegen jetzt auf der ganzen Linie die Agitation aufnehmen.

Der christliche Tabakarbeiter er und bittet die Funktionäre aller christlichen Ver. and, überall dort, wo noch viele Tabakarbeiter zu organisieren sind, und der christliche Verband hierer wo 3 keinen Eingang finden konnte, ihm bei der Agitation an die Hand zu geben. In Frage käme da vor allem das weite schlesische Tabakindustriegebiet (überhaupt der Oberrhein, Mitteldeutschland, Sachsen u. d. Rh. und Westfalen). Die allgemeine Stimmung scheint zur Zeit besonders erfolgreichprechend zu sein und wäre es daher sehr zu wünschen, wenn dem Verbands in den genannten Gebieten, wo er zur Zeit selbst keine Kräfte zur Entfaltung der Agitation hat, hilfsbereit beigezungen würde. Wir nehmen von unsern Mitgliedern an, daß sie dieser Bitte unseres Bruderverbandes nach Möglichkeit nachkommen.

Aus gesunderer Organisation.

Aus einer Konferenz des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes. Am 17. April hielt der hiesige Textilarbeiter in Kreis-Bodum eine Konferenz ab. Wie es bei sozialdemokratischen Tagungen kaum anders zu erwarten ist, nahm die Beschäftigung mit der christlichen, in diesem Falle mit unserm Verbands, einen breiten Raum in den Verhandlungen ein. In der Regel bewegen sich diese Verhandlungen über die „Christlichen“ immer in demselben Bahnen. Im allgemeinen ist auch diese Konferenz nicht andere Wege gewandelt, doch sind einige Punkte, die direkt unsern Verband betreffen, einer kurzen Besprechung wert.

Daß der Zentralverband in Kreisfeld, von den Berg, sich in Verhandlungen und Besprechungen gegen unsern Verband bezgl. seiner Stellung in der

Glabbacher und Kachener Zweifelsfrage erging, ist in Anbetracht der ganzen Verfassung dieses Mannes gar nicht weiter verwunderlich. Er spricht von einem „hinterhältigen Verhalten der Christen“, von „Verschlingelung der Arbeiter“, „bedingungslose Anerkennung des Zweifelsystems“ usw. Die „Christen“ hätten hinter dem Rücken der Arbeiterchaft „das Zweifelsystem“ akzeptiert. Der „deutsche“ Verband habe den Kampf gegen das Zweifelsystem in allen Ehren bestanden. Der arme Tropf, er ist um seine Anspruchslosigkeit zu beneiden.

Von Belang sind die Ausführungen des Vertreters des Zentralverbandes, Genossen Jäckel-Berlin. Er vertrat entschieden, entgegen einem Diskussionsredner, ein Zusammengehen mit den Christlichen bei Lohnbewegungen. Machten die Führer der Christlichen Fehler, so müßten die Mitglieder in ruhiger, sachlicher Weise darüber aufgeklärt werden. Auf diese Weise könne endlich „Licht in die schwarze Erde“ kommen. Wir nehmen an, daß der Zentralverband des „deutschen“ Verbandes überall für ein Zusammengehen mit den Christlichen bei Lohnbewegungen ist, nicht nur im Westen und in solchen Orten, in denen sich der „deutsche“ Verband gegenüber unserer Organisation in einer machtlosen Minorität befindet. Die Außenbeamten des „deutschen“ Verbandes handeln dann aber vielfach entgegen der Stellung ihres Zentralvorstandes. In Krefeld, Wirmen, Esch und anderen Bezirken haben sie es wiederholt versucht und nicht immer ohne Erfolg, unsere Organisation beiseite zu drücken, jedoch wir gezwungen waren, allein vorzugehen. Tritt hierin keine Veränderung ein, so wird es sich unser Verband jedesmal sehr überlegen, bei Lohnbewegungen die „Deutschen“ hinzuzuziehen. Denn hier im Westen liegen doch die gewerkschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen so, daß wir über ein Zusammengehen der beiden Verbände zu bestimmen haben.

Daß die Mitglieder über die „Fehler“ unserer Führer „ruhig und sachlich aufgeklärt“ werden sollen, ist ja recht gnädig. Jedenfalls hat der Zentralverband die Erfahrung gemacht, daß die verlogene und löpeltaste „Aufklärungsarbeit“ ihres Redakteurs Krätzig gerade das Gegenteil von dem bewirkt, was sie erreichen soll. Der „deutsche“ Zentralvorstand kann aber überzeugt sein, daß selbst eine „ruhige und sachliche Aufklärungsarbeit“ seitens seiner Leute unsere Führer und Mitglieder gar nicht davon abbringen kann, zu handeln, wie sie für gut finden, ohne den sozialdemokratischen Verband vorher um Erlaubnis zu fragen. Er wird uns auch wohl gestatten müssen, daß wir dieser „Aufklärungsarbeit“ ebenso ruhig und sachlich entgegenzutreten, wenn wir es für notwendig erachten, und auch unsererseits die Fehler, die die „deutschen“ Führer machen, einer Kritik unterziehen. Sicher wird er dann zu der Überzeugung kommen, daß die Arbeiterchaft des Westens des Lichtes des „freien“ Textilarbeiterverbandes durchaus nicht bedürftig ist, und daß es in Bezirken dieses Verbandes noch ungemein viel „Schwarze Erde“ gibt.

Der anwesende Redakteur Krätzig blieb seiner belamten Manier treu. Im Westen müsse der Kampf nicht nur gegen das Kapital geführt werden, sondern auch gegen die Klerisei, die das Unternehmertum unterstütze. Die Führer der Christlichen gingen darauf hinaus, bei Lohnbewegungen Schwierigkeiten zu bereiten, um die Bestrebungen der Arbeiter um Verbesserung ihrer Lage illusorisch zu machen. Also nach Krätzig sind die christlichen Arbeiterführer Demagogen, Volksverräter und Arbeiterbeträger. Und trotz dieser unangenehm mühen und geistesarmen Beschimpfungen magt der Mensch seinem Kollegen Jäckel nachzuklappern, die Aufklärung über Fehler der Christlichen möge ruhig und sachlich geschehen. Der amische Schwärzer.

Aus den Verhandlungen dieser Konferenz kann noch mitgeteilt werden, daß man im „deutschen“ Verbands sehr unzufrieden ist über das Ergebnis der Organisation. Sie hat längst nicht den erwarteten Erfolg gebracht, obwohl sie im Hinblick auf die Steuerhege stattfand. Der Bezirk Krefeld ist um 2½ Tausend Mitglieder zurückgegangen. Um die Jugend für den Verband zu gewinnen, ist eine besondere Jugendabteilung innerhalb des Verbandes geplant. Dieser sollen Mitglieder bis zum 16. Lebensjahre angehören können für einen Beitrag von 10 Pfennigen. Dafür erhalten sie einige Unterstützung und die Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“ gratis. Unsere Mitglieder werden wissen, was sie demgegenüber zu tun haben.

Von den Vaterländischen in Stich gelassen sind kürzlich auch die Textilarbeiter in Erimittlung. Dort besteht seit mehreren Jahren ein „großer“ Verein, der sich der Spielart der Vaterländischen Arbeitervereine“ zurechnet. Seine Vaterländische Gesinnung kommt u. a. bei Stiftungsfesten in einem Telegramm an den Kaiser zum Ausdruck, worin mit 3000 reichstem Arbeitern reamomiert wird, die sein Lob und nicht da waren. § 10 der Satzungen dieses großen Vereins bestimmt:

„Tracht in festem Beizel eine Bewegung aus, die zur Lösung des Arbeitsverhältnisses von Arbeitern der Industrie“ zu Organisation führt, so ist der Vorstand alsbald zur Aufgabe zu treten, das der Vereinsmitgliedern die Möglichkeit der Fortsetzung der Arbeit zu gesteht wird. Die Mitglieder können aber nicht verlangen, daß sie in diesem Falle während der Dauer der Bewegung gerade in derjenigen Fabrik bleiben wo sie beim Abschluß der Bewegung beschäftigt sind, und dies selbstverständlich nicht anzuwenden sein würde.“

Kürzlich hatten nun die Vorstände dieses Vereins Gelegenheit, bezgl. dieses Satzungspunktes die Probe auf's Exempel zu machen, wobei sie einen ganz kläglichen Vereinstfall erlitten. Die Arbeiter einer Ortsgemeinschaft Textilarbeiter hatten Differenzen mit ihrem Prinzipal, die zur Riederlegung der Arbeit führten. Alle Versuche aus Vermittlung der Gewerkschaft blieben erfolglos. Da sollte der „große“ Vaterländische Arbeiterverein helfen, durch Verlesung von Strafbüchern für die Firma, gemäß dem oben zitierten Satzungspunkt. Da kamen die Herren aber schon an, alle Hände frummer Erben waren den den Selben geflossen. Sie weigerten sich, die verlangte Strafbücher zu machen, auch dann noch, als ihnen 30 Mark Extravergütung angeboten wurde.

Verden da die Herren Arbeitgeber und ihre Hintermänner lange Gesichter gemacht haben. Es ist doch auch ein fieses Stück, daß

die Jahre lang so sorgsam gepflegten und Gehüteten nun auf einmal rebellisch werden, daß die, die ihre Vaterländische und reichstreue Gesinnung durch Telegramme an den Kaiser Ausdruck gaben, nicht nur mit den sozialdemokratischen Kampforganisationen halten, sondern auch gar zu ihnen übertraten und jedenfalls — die lautesten Schreier sein werden.

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Ein Niesenlohnkampf in der englischen Textilindustrie wird vielleicht schon ausgebrochen sein, wenn unsere Leser diese Zeilen zu Gesicht kommen. Die Ursache des voraussetzlichen Kampfes ist folgende:

Die anhaltende schlechte Geschäftslage in der englischen Textilindustrie hat den Verdienst der Unternehmer nicht auf die Höhe gebracht, die sie befriedigt. Um ihre Einkünfte zu erhöhen und andererseits der Aufbesserung des Geschäftsmarktes zu dienen, schlugen sie den Arbeitgebervertretern auf Grund des Brooklands-Übereinkommens eine 5%ige Lohnreduktion vor. Auch diesem „Brooklands-Argreement“ darf wieder die eine noch die andere Partei den Standardlohn innerhalb eines Jahres gegenüber seinem letzten Stande um mehr als 5% erhöhen oder erniedrigen. Weiderrseitige Anträge auf Verbenkung des Lohnstandards unterliegen der genauen Prüfung der Sekretäre des Arbeiter- und des Unternehmerverbandes, um Differenzen möglichst auf friedlichem Wege beizulegen. Die Vereinbarung hat den Zweck der Verhütung von Streiks und Aussperrungen. Daß sie diesem Zwecke nicht in allen Fällen gerecht wird, hat der vorjährige langwierige und harte Kampf der Lancashireer Baumwollspinner bewiesen, und auch in diesem Falle scheint es zum Kampfe zu kommen. Die Arbeiter haben bereits den Vorschlag der Unternehmer abgelehnt. Sie berufen sich darauf, daß sie die Lohnreduktion nicht tragen könnten, die Unternehmer bei guter Konjunktur auch nicht so leicht zu Lohnzulagen zu gewinnen seien und sie zur Aufbesserung des Arbeitsmarktes bereits genug durch die „short time“, die kürzere Arbeitszeit, getan hätten.

Was die Forderung der Unternehmer in der Praxis bedeutet, ergibt sich daraus, daß die geplante Lohnreduktion, nach einem Bericht des „Vorwärts“ nicht weniger als 160000 Arbeiter treffen würde. Die Arbeiter würden wöchentlich 200000 Mk. an Lohn einbüßen, und da nach dem Brooklands-Übereinkommen, daß die Arbeitsverhältnisse im Textilgewerbe regelt, jedes Lohnabkommen zumindest 12 Monate ungewandelt in Geltung bleiben muß, würde der Verlust der Arbeiter zunächst 10 Millionen Mark betragen.

Allgemeine Rundschau.

Soziale Wahlen.

Ortskrankenkassenwahl in Vörsch-Etten. Die Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse Vörsch-Etten hat zum erstenmal unter der Parole gestanden: Hier christliche Gewerkschaften und deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, dort sozialdemokratisches Gewerkschafts-kartell. Der Anprall gegen die Alleinherrschaft der Sozialdemokraten in der Ortskrankenkasse hat auf Seiten des Gewerkschaftskartells den Schmerzensruf entlockt, daß man zu einem Wahlschlachten bereit gewesen sei. Wie entgegenkommend man doch auf einmal geworden ist, nachdem der Rubin unter den Füßen zu wanken begonnen hat. Die Wahl war auf Seiten der Christlichen gut vorbereitet, während man anfangs in dem gemächlichen Lager vollständig übersehen wurde. Auf die Liste des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells stießen 300 und auf unsere Liste 155 Stimmen. Die Wahl selbst war so schlecht vorbereitet, daß hunderte von Wählern wieder umkehren mußten, ohne daß es ihnen möglich war an den Wahltag heranzukommen und ihre Stimmen abzugeben. Die Wähler wurden nicht der Reihe nach, wie sie erschienen waren, zur Wahl zugelassen, sondern stellenweise aufgerufen, was zur Folge hatte, daß der Wirtwar noch größer wurde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Bevorzugung der sozialdemokratischen Wähler stattgefunden hat. Eine überprüfende Wählerliste war ebenfalls nicht zur Stelle, wodurch die Stimmenabgabe verzögert wurde. Wenn die Wähler trotz hundenlangem Warten ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten, so läßt das verschiedene Schlüsse zu. Waren es doch größtenteils jene, welche für unsere Liste gestimmt hätten. Die Wahl wird angefochten.

Allgemeines.

Arbeitszeit und Familienleben des Arbeiters. Von einer günstigen Einwirkung einer kurzen Arbeitsdauer auf das Familienleben des Arbeiters weiß der preussische Gewerbeinspektor für den Bezirk Königsberg-Altenhain zu berichten. Er schreibt in seinen Berichten für das Jahr 1909: „Einen unerwartet günstigen Einfluß auf das Familienleben mancher Arbeiter hat in der städtischen Gasanstalt Königsberg die durch Einführung der Achtstundenschicht geschaffene 16 stündige Freizeit ausgeübt. Schon vor längerer Zeit traten einige Arbeiter an die Direktion mit der Bitte heran, ihnen das freiliegende Gelände der Gasanstalt zur Bepflanzung zu überlassen, was auch ungenügend geschah. Die Zahl der Bewerber ist inzwischen auf 108 gestiegen, wobei auf jeden Arbeiter etwa 150 qm Land kommen. Nach Schluß der Frühjahrszeit (2 Uhr mittags) begibt sich jetzt nicht selten an schönen Sommertagen der von Frau und Kindern begleitete Arbeiter in den ihm überlassenen Garten, um ihn zu bearbeiten und sich an Blumen und Früchten zu erfreuen. Als eine bemerkenswerte Folge der Einführung der Achtstundenschicht ist eine von den Arbeitern der Gasanstalt beim Arbeiterausflug mehrfach vorgebrachter Wunsch anzusehen, welcher die Anpflanzung von Büchern begründet. Auch eine harklere Forderungnahme der Volksbibliothek durch diese Arbeiter ist zu verzeichnen.“

So die Erfahrungen des Gewerbeinspektors! Und was soll das heißen heute manche Unternehmer noch eine lange Arbeitszeit? Der Arbeiter wisse eine lange Ruhepause nicht anzuwenden, er verleihe sie im Winterpause oder werde sie anderweitig zweckmäßig und schadenbringend an. Die Tatsachen beweisen aber das Gegenteil. Die Forderung der Arbeiter auf kurze Arbeitszeit kann mit vollem Recht eine Kulturforderung genannt werden.

Ueber Verbreitung und Tätigkeit der katholischen Arbeitersekretariate im Bereiche des Verbandes Westdeutscher katholischer Arbeitervereine gibt die bereits an anderer Stelle zitierte Sondernummer der Westdeutschen Arbeiterzeitung „Aufschluß. Danach beträgt die Zahl dieser Arbeitersekretariate zur Zeit 44. Wie hinsichtlich und unklar der von sozialdemokratischer Seite gegen diese Sekretariate erhobene Vorwurf, sie leisteten weniger praktische Arbeit, sondern dienten fast ausschließlich propagandistischen Zwecken, der „Organisierung der klerikalen Massen“ lehrt eine Statistik über die Austunftsverteilung derselben.

Im ganzen wurden im verfloffenen Jahre (vom 1. Jan. 1909 bis 1. Jan. 1910) in genannten Sekretariaten 50 011 Austünfte erteilt und 19 445 Schriftsätze angefertigt. Nicht eingerechnet ist die Zahl der Austünfte und Schriftsätze seitens der Volksbüreau.

Auf die einzelnen Gebiete verteilen sich die Ziffern also:

Arbeiterversicherung	18 012 Austünfte u. 6993 Schriftsätze
Dienst- und Arbeitsvertrag, Mieth.	5 960 " " 895
Zivilrechtsangel, Armenrecht	7 804 " " 1510
Erbschaftsangel, Steuerangelegenh.	8 942 " " 4348
Sonst. Angelegenh.	3 280 " " 1129

Die Austunftsverteilung erstreckte sich auch auf Vormundchaftsachen, Schul- und Militärfachen, Armenunterstützung, verwaltungsrechtliche Angelegenheiten, Polizei- und Strafsachen. In diesen Fragen wurden 1909 über 9000 Austünfte erteilt. Besondere durch diese Zahlen kann der praktische Wert der katholischen Arbeitersekretariate gar nicht bewiesen werden.

Neben dieser Tätigkeit widmen sich die Arbeitersekretäre der Förderung des katholischen Vereinslebens und der christlichen Gewerkschaften. Wie sehr auch die christlichen Gewerkschaften an den Arbeitersekretariaten direkt interessiert sind, geht daraus hervor, daß 40 der betreffenden Arbeitersekretäre im vergangenen Jahre zusammen an rund 540 Gewerkschaftsversammlungen teilnahmen, macht auf den einzelnen Sekretär (volle Zahl) 14; gewerkschaftliche Konferenzen hatten sie rund 470, pro Sekretär 12.

Ein großer Teil der Sekretäre gehört Stadtvorordnetenkollegien an, andere sind mit sozialen Lehrern wie: Beisitzer an der unteren Verwaltungsbehörde, Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, betraut und wirken tatkräftig mit in den lokalen Dringruppen der Gesellschaft für Soziale Reform, in Arbeitervertretervereinen und Ausschüssen für soziale Wahlen oder in Arbeitergenossenschaften.

Veranstaltungskalender.

- Bocholt. 1. Mai, 10 Uhr, im Arbeitervereinshaus, Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Brand. 11. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Dongenberg.
- Drausche. 8. Mai, 5 Uhr, bei Meyer, zu Schleppstr. Burgwaldstr. 8. Mai, 11 Uhr, bei Ferdinand Häfers Generalversammlung.
- Gottsh. 14. Mai, 8 1/2 Uhr, im evangelischen Vereinshaus, Spreckh. 12.
- Hahnenhaufen-Wupper. 8. Mai, 2 Uhr, bei Gust. Meyer, außerordentliche Generalversammlung.
- Düren. 1. Mai, 10 1/2 Uhr, bei Lor. Klinsenberg.
- Düsseldorf. 1. Mai, 11 Uhr, im Paulushaus.
- Gera (Meuß). 30. April, 1/9 Uhr, im Hotel Kronprinz (Zimmer 3), Arbeiterinnenversammlung.
- Gieselerkirchen. 30. April, 9 1/2 Uhr, im kath. Vereinshaus.
- Hermgen-Dahl. 30. April, 8 1/2 Uhr, bei Wilh. Gottschalk.
- Huesbeck. 6. Mai, 11 Uhr, bei Wwe. Fahren, Generalversammlung.
- Hochneufkirchen. 5. Mai, 6 Uhr, bei Joh. Plun, Generalversammlung.
- Kaldenkirchen. 30. April, 8 1/2 Uhr, bei Pet. Wierich.
- Nichtenstein-Gallenberg. 3. Mai, 1/9 Uhr, bei Wpels, am Teichpark.
- Leuth 6. Kalbenkirchen. 1. Mai, 6 Uhr, bei Joh. Dückers.
- Neuenkirchen. 1. Mai, 11 1/2 Uhr, bei Emil Jörling, Vertrauensmännerversammlung.
- Nheydt. 5. Mai, 6 Uhr, bei Janßen (früher Schniring), Bahnhofsstraße 3, Generalversammlung.
- Schleibahn. 8. Mai, 10 1/2 Uhr, bei Heinz. Kaiser.
- Silkefeld. 5. Mai (Christi-Himmelfahrt), 1/21 Uhr, bei Heinrich Schmitz, Markt.
- Waldbauhen. 30. April, 8 1/2 Uhr, bei Joh. Bruner, Waldbauhen, Generalversammlung.
- Wathem. 1. Mai, 6 Uhr, bei August Löhr, in Haupt öffentliche Versammlung.
- Wegberg. 1. Mai, 1/10 Uhr Vorstand- und Vertrauensmännerkongress, 1/11 Uhr Generalversammlung im „Wegberger Hof“.
- 16. Mai, 1/11 Uhr, bei Johann Cronenberg, öffentliche Versammlung in Krefeld.
- Widraath. 1. Mai, 10 1/2 Uhr, bei Peter Franzen, Odenkirchenstr., öffentliche Versammlung.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
 Johann Jansen in Bocholt.
 August de Groot in Süchteln.
 Katharina Förster in Rheindahlen.
 Peter Josten in M.-Gladbach.
 Peter Breidenbach in Aachen.
 Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Sozialdemokratischer Wahlzettel vor Gericht. Ein Beweis für die strabeflosse Bekämpfung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter. 66 Seiten. Preis 15 Pfg. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Köln, Palmstr. 14.

Die Entlassung einiger führenden Leute des alten, sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes bezgl. des Schindelflugblattes, der frühere Vorsitzende des christlichen Gewerkschafts, Bruff, habe von Bedenken bezogen 30 000 Mk. Schmiedegelder erhalten, hat in der ganzen Öffentlichkeit berechtigtes Aufsehen erregt. Der sozialdemokratische Verband strengte gegen den Redakteur des „Bergknappen“, Kollegen Jambusch, Klage an, der jedoch die Anklage durchaus nicht gereinigt hat. Im Gegenteil, es wurde gerichtlich festgestellt, daß Beamte des roten Verbandes das Schubflugblatt veranlaßt und verbreitet haben und daß der Vorsitzende Sache davon genügt hat. In der Broschüre haben wir einen genealogischen Bericht des genannten Prozesses, der sowohl in seinen Einzelheiten als auch als Ganzes für jeden christlichen Gewerkschaftler von sehr großem Interesse ist. Er wirft ein großes Licht auf die Kampfes-Moral unserer sozialdemokratischen Gegner. Wir empfehlen die Broschüre angelegentlich.